

Wander, Hilde

**Working Paper — Digitized Version**

## Der Geburtenrückgang in Westeuropa wirtschaftlich gesehen

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 9

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Wander, Hilde (1971) : Der Geburtenrückgang in Westeuropa wirtschaftlich gesehen, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 9, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/48042>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

### Der Geburtenrückgang in Westeuropa wirtschaftlich gesehen

von Hilde Wander

#### AUS DEM INHALT

- Der nach 1964 in zahlreichen westeuropäischen Ländern festzustellende Geburtenrückgang hat viele Gründe. Er ist Teil einer zyklischen Geburtenwelle, deren Verlauf sich seit längerem abzeichnet. Durch die Anwendung wirksamer antikonzeptioneller Mittel ist der Rückgang wohl verstärkt, nicht aber verursacht worden.
- Durch einen Geburtenrückgang werden Zahl und Altersaufbau der Bevölkerung verändert. Die daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen hängen von vielen anderen Umständen mit ab und lassen sich nicht von vornherein bestimmen.
- Kurzfristig wird nur der Nachwuchs, nicht aber schon das Arbeitspotential von einem Geburtenrückgang betroffen. Daraus ergeben sich - unter sonst gleichen Bedingungen - ein höheres Prokopfeinkommen und höhere Steuereinnahmen als ohne Geburtenrückgang sowie gewisse Umschichtungstendenzen in der Beschäftigungs- und Wirtschaftsstruktur.
- Wenn sich die Wirtschaft dem langsameren Bevölkerungswachstum anpaßt, ist weder im kürzeren noch im längeren Zeitraum mit einer Verknappung der Arbeitskräfte und höheren Versorgungslasten zu rechnen. Auf lange Sicht berechnet gibt es für den Geburtenrückgang ein Optimum, das von der Altersstruktur der Bevölkerung her beurteilt eine minimale Versorgungslast bedingt. Bei dem in Westeuropa erreichten niedrigen Sterblichkeitsniveau kommt eine stationäre Bevölkerung diesen Bedingungen am nächsten.
- Eine schrumpfende Bevölkerung ist wirtschaftlich von Nachteil, eine dauernd gleichbleibende Bevölkerung praktisch nicht möglich. Für die westeuropäischen Länder wäre ein sehr mäßiges Bevölkerungswachstum ohne große Schwankungen nach unten und oben am günstigsten.

AG 1548 71 Weltwirtschaft Kiel *W*

INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT KIEL · APRIL 1971

## Der Geburtenrückgang in Westeuropa wirtschaftlich gesehen

1. Um die Mitte der sechziger Jahre setzte in zahlreichen westeuropäischen Ländern ein deutlicher Rückgang der Geburten ein, der gegenwärtig noch anhält. In der Bundesrepublik Deutschland, wo er besonders ausgeprägt erscheint, mehren sich die Fragen nach den möglichen wirtschaftlichen Folgen einer solchen Entwicklung. Wird sich der wirtschaftliche Fortschritt verlangsamen, wenn die Bevölkerung weniger wächst? Wird der Mangel an einheimischen Arbeitskräften und dementsprechend der Bedarf an ausländischen Arbeitern noch größer werden, wenn kleinere Jahrgänge in das erwerbsfähige Alter eintreten? Wird es dem vergleichsweise kleineren heimischen Arbeitspotential dann möglich sein, die Renten- und Pensionsansprüche der relativ stark besetzten älteren Bevölkerungsgruppen angemessen zu befriedigen?

### Das statistische Bild

2. Die vorhandenen Statistiken bieten solcher Sorge noch wenig Anhalt. Zwar wurden in der Bundesrepublik 1970 etwa 250 000 oder 24 vH weniger Kinder als 1964 geboren, aber daraus kann man keine Schlüsse für die Zukunft ableiten. Die Zahl der jährlichen Geburten unterliegt mannigfachen Einflüssen. Sie hängt nicht nur vom reproduktiven Verhalten der gebärfähigen Frauengruppen ab, sondern auch von deren Volumen, Altersaufbau und Heiratshäufigkeit. Treten z. B. schwach besetzte Jahrgänge in das heirats- und gebärfähige Alter ein, so wird selbst bei unveränderten Verhaltensweisen die Geburtenzahl abnehmen.
3. Für zeitliche und internationale Vergleiche bedient man sich häufig der rohen Geburtenraten, die die Zahl der jährlichen Lebendgeborenen pro 1 000 der Gesamtbevölkerung ausdrücken. In Tabelle 1 im Anhang sind diese Raten für acht westeuropäische Länder über einen längeren Zeitraum angegeben. Daran wird deutlich, daß die relative Geburtenhäufigkeit in manchen dieser Länder zwar unter das Niveau der ausgehenden dreißiger Jahre fiel, daß aber der Rückgang überall einem um 1964 erreichten außerordentlich hohen Geburtenstand folgte, der sich - von der unmittelbaren Nachkriegszeit abgesehen - nur mit dem der mittleren zwanziger Jahre vergleichen läßt.
4. Das demographische Geschehen in Westeuropa ist durch periodische Schwankungen in der Geburtenhäufigkeit gekennzeichnet. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind zwei deutliche Geburtenwellen erkennbar. Die erste setzte unmittelbar nach dem Krieg ein, bedingt durch die vermehrten Eheschließungen sowie durch die Geburt von Kindern in schon bestehenden Ehen, die während des Krieges unterblieben war. Das führte zu einem rapiden Anstieg der Geburten nicht nur in den unmittelbar am Krieg beteiligten Ländern, sondern auch in den übrigen, wie z. B. der Schweiz und Schweden. Nur in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich verlief diese Welle vergleichsweise flach. Das lag vor allem an der großen Zahl gefallener oder noch in Kriegsgefangenschaft weilender Männer, zum Teil aber auch an den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen sowie an der Tatsache, daß in beiden Ländern die Geburtenhäufigkeit unmittelbar vor und zu Anfang des Krieges recht hoch war, daß also hier weniger Geburten als anderswo "aufgeschoben" worden waren.

5. Die zweite Geburtenwelle, die um 1964 ihren Höhepunkt erreichte, setzte um die Mitte der fünfziger Jahre ein. Sie war vor allem durch sinkendes Heiratsalter bedingt, brachte also eine außergewöhnliche Zunahme junger Ehen und damit auch verhältnismäßig mehr erst- und zweitgeborene Kinder. In der Bundesrepublik Deutschland und Österreich wurde diese Welle noch besonders verstärkt, weil hier vergleichsweise gut besetzte Geburtsjahrgänge in das heiratsfähige Alter aufrückten. Außerdem stieg in der Bundesrepublik auch der Anteil der dritt- und viertgeborenen Kinder bis 1964 etwas an. Ähnliches gilt für England und Wales, während sich andererseits in Frankreich und den Niederlanden die Häufigkeit dritt- und viertgeborener Kinder kaum änderte oder sogar abnahm. In den Tabellen 2 und 3 im Anhang sind diese Trends klar erkennbar.
  
6. Aus der Kenntnis der verschiedenen Einflüsse wird auch der vergleichsweise starke Rückgang der rohen Geburtenraten nach 1964 in der Bundesrepublik verständlich. Hier nahm u. a. die relative Heiratshäufigkeit wieder ab, weil gerade die Jahrgänge schwach besetzt waren, in denen am meisten geheiratet wird. In den anderen hier untersuchten Ländern, mit Ausnahme Österreichs und Schwedens, sind dagegen in den letzten Jahren besonders viele Ehen geschlossen worden. Deshalb wirkt sich hier die Tendenz, nun auch die Zahl der dritten oder gar der zweiten Kinder einzuschränken, weit weniger auf die rohen Geburtenraten aus als in der Bundesrepublik.
  
7. Ein von strukturellen Einflüssen weithin bereinigtes Bild der Geburtenentwicklung in Westeuropa gewinnt man, wenn man statt der rohen Geburtenraten die Bruttoreproduktionsraten<sup>1</sup> vergleicht, die aus Tabelle 4 zu entnehmen sind. Diese Raten zeigen an, wieviele Mädchen durchschnittlich pro Frau einer Generation geboren würden, wenn deren Fruchtbarkeit im Ablauf des gebärfähigen Alters der in einem bestimmten Kalenderjahr ermittelten altersspezifischen Fruchtbarkeit genau entspräche. Sie drücken also die Fruchtbarkeitsverhältnisse eines Jahres als durchschnittlich zu erwartende Gebärleistung einer Generation aus. Nach diesem Kriterium war der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik zumindest bis 1968 relativ viel schwächer als in den übrigen westeuropäischen Ländern. Außerdem lagen die Raten noch überall weit über dem niedrigen Niveau der dreißiger Jahre. Wie stark die Bruttoreproduktionsraten nach 1968 sanken, läßt sich heute noch nicht sagen, da die für ihre Berechnung nötigen Statistiken noch fehlen. Für die Bundesrepublik stellte das Statistische Bundesamt auf anderem Wege fest, daß 1970 die Geburten nicht mehr ausreichten, um den Bestand der Bevölkerung auf lange Sicht zu erhalten. Es warnt aber ausdrücklich davor, schon anzunehmen, daß diese Verhältnisse andauern werden und schreibt: "Ebenso wie viele andere Verhaltensweisen ist auch das generative Verhalten Zeitströmungen unterworfen und daher wandelbar. Es wäre daher voreilig, schon jetzt

<sup>1</sup> Als Index der Erneuerung der Bevölkerung hat die Bruttoreproduktionsrate manche Mängel. Als Maßstab der Fruchtbarkeit ist sie aber sehr nützlich, zumal sie sich leicht er rechnen läßt. Vgl. dazu Fußnote a in Tabelle 4 im Anhang. Ein wesentlicher Nachteil der Bruttoreproduktionsrate als Fruchtbarkeitsindex liegt allerdings darin, daß sie nicht die Einflüsse berücksichtigt, die aus unterschiedlichem Familienstand, unterschiedlicher Heiratsdauer und unterschiedlichen Heiratschancen der Frauen resultieren. Der vergleichsweise rasche Anstieg dieser Raten in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich während der fünfziger Jahre reflektiert zu einem großen Teil verbesserte Heiratschancen der nachrückenden Jahrgänge, die keine Kriegsverluste erlitten und daher eine günstigere Geschlechtsrelation als die am Krieg teilnehmenden Jahrgänge hatten.

von einer demographischen Phase zu sprechen, bei der auf Dauer die Geburten hinter den Sterbefällen zurückbleiben.<sup>11</sup>

8. Aus allem folgt, daß der Geburtenrückgang der letzten Jahre viele Ursachen hat und nicht nur dem Wunsch nach weniger Kindern entspringt. Das Bestreben, die Familien klein zu halten, ist nicht erst neueren Datums, und um es zu realisieren, bedurfte es nicht der modernen antikonzeptionellen Mittel. In den dreißiger Jahren z. B. standen sie nicht zur Verfügung. Familien mit fünf und mehr Kindern sind in Westeuropa längst eine Seltenheit geworden. Man kann auch künftig nicht damit rechnen, daß sie wieder zahlreicher werden. Maßgebliche Veränderungen in den generativen Zielen werden sich somit hauptsächlich innerhalb des Bereichs von ein bis drei oder vier Kindern bewegen. Daß mehr Familien als bisher gar keine Kinder mehr haben wollen, dafür fehlen noch die Beweise. Die modernen Mittel der Geburtenverhütung machen es leichter, Kinder zum gewünschten Zeitpunkt und in gewünschten Zeitabständen zu haben. Der schwache Rückgang in der relativen Häufigkeit selbst der erst- und zweitgeborenen Kinder, der sich in verschiedenen westeuropäischen Ländern einschließlich der Bundesrepublik seit 1964 bemerkbar macht (vgl. Tabelle 3), mag sehr wohl Ergebnis bewußter Planung sein, nicht aber notwendigerweise einen endgültigen Verzicht auf mehr Kinder anzeigen<sup>2</sup>. Daß die westeuropäischen Bevölkerungen sich auch künftig nur sehr langsam vermehren werden, ist unvermeidlich. Daß sie aber über lange Zeit gar nicht mehr wachsen oder gar schrumpfen werden, ist wenig wahrscheinlich.

#### Geburtenrückgang und wirtschaftlicher Entwicklungsstand

9. Einem Geburtenrückgang werden viele wirtschaftliche Wirkungen unterstellt. Man hält ihn in den Entwicklungsländern gemeinhin für nützlich, glaubt aber häufig, daß er für entwickelte Länder schädlich sei. Der verbreitete Mangel an Arbeitskräften in den hochindustrialisierten Ländern und der steigende Bedarf an ausländischen Arbeitskräften werden gern als Folge einer zu langsamen natürlichen Bevölkerungsvermehrung interpretiert. Träfe dieser Schluß zu, hätte dann nicht umgekehrt Frankreich, dessen Bevölkerung über viele Jahrzehnte kaum mehr gewachsen war, in den dreißiger Jahren von Massenarbeitslosigkeit verschont bleiben müssen? Wenn auch Bevölkerung und Wirtschaft miteinander in Beziehung stehen, so einfach sind die Zusammenhänge nicht, daß für die Kräfteverhältnisse am Arbeitsmarkt die Intensität des natürlichen Bevölkerungswachstums ein ausschlaggebender Faktor wäre.
10. Die Bevölkerung wirkt innerhalb der Wirtschaft mit als Konsument und/oder Produzent sowie als Sparer und/oder Investor. Wie sich diese verschiedenen Rollen jeweils verteilen, hängt innerhalb einer gegebenen Wirtschafts- und Sozialordnung

<sup>1</sup> Bedeutung des Geburtenrückgangs für die Bestandserhaltung der Bevölkerung und die Zahl der Kinder in den Ehen. "Wirtschaft und Statistik", Stuttgart und Mainz, Nr. 1, 1971, S. 18.

<sup>2</sup> Neuere Umfragen des Französischen Nationalen Instituts für Demographische Studien haben z. B. ergeben, daß die französischen Frauen zwei bis drei Kinder pro Familie als wünschenswert ansehen. Außerdem wurde eine Tendenz festgestellt, die Geburt des ersten Kindes um zwei Jahre nach der Eheschließung zu verschieben und etwa weitere zwei Jahre bis zur Geburt des zweiten Kindes zu warten. Mehr als 95 vH der befragten Frauen lehnten die Ein-Kind-Familie ab. Vgl. France: Family Building by Socio-Occupational Groups. "Studies in Family Planning". A publication of The Population Council, New York, No. 60, December 1970, S. 10 ff.

von der Größe der Bevölkerung, von ihrer Geschlechts- und Altersgliederung, von ihrer räumlichen Verteilung und Dichte, von ihrem physischen und geistigen Leistungsvermögen und von ihren Verhaltensweisen ab. Ein Geburtenrückgang verändert nur einige dieser Komponenten. Er vermindert unmittelbar die Zahl und Dichte der Bevölkerung, selten absolut, aber stets relativ im Vergleich zu einer Entwicklung ohne Geburtenrückgang. Zudem verändert er zwangsläufig den Altersaufbau und damit zugleich die Relation von Konsumenten zum Potential der Produzenten innerhalb der Bevölkerung. Daraus resultieren bestimmte Tendenzen im Wirtschaftsablauf, deren Wirksamkeit jedoch von vielen anderen Umständen und nicht zuletzt auch von den Verhaltensweisen der Bevölkerung abhängt. Je nach den Verhaltensweisen können wirtschaftshemmende Tendenzen eines Geburtenrückgangs verstärkt oder abgeschwächt werden, können wirtschaftsfördernde Tendenzen genutzt oder ungenutzt bleiben. Da die wirtschaftswirksamen Verhaltensweisen der Bevölkerung derselben Lebenseinstellung entspringen, die auch den Geburtenrückgang mit bedingte, darf man ihre Konsequenzen logischerweise nicht als Folge des Geburtenrückgangs interpretieren. Gerade das wird aber häufig getan.

11. Die Beziehungen zwischen Bevölkerung und Wirtschaft ändern sich mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Wo arbeitsintensive Landwirtschaft noch Hauptquelle der wirtschaftlichen Aktivität ist, sind sie naturgemäß viel enger und unmittelbarer als in einer hochindustrialisierten Wirtschaft. Je mehr nämlich reproduzierbares Kapital im Verhältnis zu den nicht reproduzierbaren natürlichen Hilfsquellen in den Produktionsprozeß eingesetzt wird, je differenzierter und flexibler die Wirtschaftsstruktur ist, um so größer sind auch die Möglichkeiten, unerwünschte Einflüsse demographischer Veränderungen auf den Wirtschaftsablauf mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen abzuwehren. Diese Maßnahmen sind durch die verbesserte Kenntnis des Mechanismus wirtschaftlichen Wachstums und zyklischer Wirtschaftsschwankungen effizienter geworden. Ihr Fächer wurde breiter und differenzierter mit der engeren weltwirtschaftlichen Verflechtung, der Institutionalisierung von Ausbildung und Forschung, der Aktivität der Gewerkschaften, vor allem aber mit der vermehrten Wirtschaftstätigkeit des Staates und seiner zunehmenden Kontrolle über die Produktionsfaktoren. Gegenüber den dadurch gegebenen Möglichkeiten direkter Einflußnahme auf den Wirtschaftsablauf spielen Bevölkerungsveränderungen nur eine untergeordnete Rolle.
12. Das heißt jedoch nicht, daß man demographische Vorgänge in einer hochentwickelten Wirtschaft außer Betracht lassen dürfe. Im Gegenteil, man muß sie ständig beobachten; denn wenn nachteilige Entwicklungen abgewehrt werden sollen, muß man sie zuerst einmal kennen. Es besagt aber, daß, umgekehrt, bevölkerungspolitische Maßnahmen, die ein schnelleres oder langsames Bevölkerungswachstum fördern wollen, auf dieser Entwicklungsstufe kein bedeutsames Mittel mehr sind, um wirtschaftliche oder soziale Ziele zu realisieren. Gewisse Einschränkungen sind allenfalls bei reichen Boden- und Rohstoffreserven, wie z. B. in Kanada und Australien, zu machen oder auch für sozialistische Länder, deren wirtschaftliche Prioritäten andere als in den westlichen Ländern sind.
13. Im folgenden sollen lediglich die Konsequenzen eines Geburtenrückgangs in hochindustrialisierten Volkswirtschaften wie denen Westeuropas behandelt werden, für die die folgenden Bedingungen gelten:
  - a) Der demographische Übergang ist seit Jahrzehnten abgeschlossen, die Bevölkerung wächst bei mäßiger Fruchtbarkeit und geringer Sterblichkeit nur langsam.

- b) Zahl, Dichte und geographische Verteilung der Bevölkerung begünstigen weite, eng verflochtene Binnenmärkte und eine differenzierte Wirtschaftsstruktur mit effizienten Betriebsgrößen.
- c) Die Wirtschaftsstruktur ist elastisch genug und die Kapitalbildung reicht aus, um neben dem natürlichen Bevölkerungszuwachs noch eine beträchtliche Zahl von Einwanderern produktiv einzugliedern.
- d) Die Volkswirtschaften sind eng mit dem Weltmarkt verknüpft.

Muß in einer solchen Situation ein weiterer Geburtenrückgang nicht zwangsläufig von Nachteil für weiteres Wirtschaftswachstum sein?

14. Um diese Frage zu beantworten, muß man die sofortigen und die späteren Wirkungen eines Geburtenrückgangs auseinanderhalten. Man muß ferner zwischen seinen unmittelbaren und mittelbaren Konsequenzen unterscheiden, und man muß die Folgen eines vorübergehenden Geburtenrückgangs von denen einer dauernden Stagnation des natürlichen Bevölkerungswachstums trennen. Viele Unstimmigkeiten in der Diskussion um den Geburtenrückgang sind darin begründet, daß man diese verschiedenen Kriterien miteinander vermischte. Wir wissen heute noch nicht, wie lange der gegenwärtige Geburtenrückgang in Westeuropa anhalten wird, und wir wissen auch noch nicht, wie tief die Fruchtbarkeit sinken wird. Um so wichtiger ist es, den Geburtenrückgang unter den verschiedenen Aspekten der Frichtigkeit und Intensität zu behandeln.

#### Kurzfristige Aspekte des Geburtenrückgangs

15. Setzt ein Geburtenrückgang ein, so vermindert sich sofort und - sofern er anhält - im Ablauf von 15 bis 20 Jahren in zunehmendem Maße die Zahl des Nachwuchses in ihrem Verhältnis zur Zahl der Erwachsenen. Dabei können je nach der Stärke des Rückgangs die betroffenen Altersklassen weiter wachsen, stagnieren oder schrumpfen. Eine lang andauernde Schrumpfung ist jedoch - wie zuvor erwähnt - nicht sehr wahrscheinlich. Da das Arbeitspotential vom Geburtenrückgang vorerst noch nicht betroffen wird, das Volkseinkommen unter sonst gleichen Bedingungen also ebenso groß bleibt wie ohne Geburtenrückgang, müssen die Prokopfeinkommen und - wegen der geringeren Inanspruchnahme der Freibeträge für Kinder - auch die Steuereinnahmen zunehmen. Den mit weniger Nur-Konsumenten belasteten privaten Haushalten sowie den öffentlichen Haushalten stehen somit Mittel für zusätzliche Zwecke zur Verfügung, die ohne Geburtenrückgang nicht ohne weiteres angefallen wären.
16. Wie diese freiwerdenden Mittel jedoch verwendet werden, das ist durch den Geburtenrückgang als solchen nicht vorgezeichnet, sondern steht im Zusammenhang mit seinen Ursachen, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und den Formen staatlicher Intervention. Dem Wunsch, weniger Kinder zu haben, kann Verantwortungsbewußtsein wie Verantwortungsscheu zugrunde liegen, er kann dem Verlangen entspringen, mehr zu konsumieren, die eigene oder die Bildung der Kinder zu verbessern oder auch weniger zu arbeiten. Die daraus resultierenden Verhaltensweisen sind für die Wahl zwischen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben viel entscheidender als der Geburtenrückgang selbst. Zudem ist zu bedenken, daß der Sorge für die Zukunft nicht unter allen Umständen Vorrang vor der Befriedigung des Gegenwartskonsum gebührt und daß Mehrarbeit nicht immer vermehrter Muße vorzuziehen ist. In modernen Volkswirtschaften stehen Nachfrage und Angebot

sowie Sparen und Investieren kurzfristig bekanntlich nicht immer in Einklang. Je nach der Höhe der Investitionen kann mehr Sparen den Wirtschaftsablauf fördern oder lähmen; je nach dem Grad der Nutzung von Arbeit und Kapital kann mehr Nachfrage nach Gütern und Diensten von Vorteil oder Nachteil sein. So gesehen sind auch die einen Geburtenrückgang mitbedingenden Zielsetzungen - soweit sie nicht ausgesprochen destruktiv sind - in ihrer wirtschaftlichen Wirksamkeit nicht von vornherein fixiert. Wo Verbrauch und Sparen des privaten Sektors den stabilitäts- und wachstumspolitischen Zielen nicht entsprechen, bieten sich je nach Lage wirtschaftliche Anreize, Veränderung der Steuersätze oder antizyklische Maßnahmen des Staates als Abhilfe an, nicht aber Wege der Geburtenförderung. Diese mögen unter anderen Gesichtspunkten angebracht sein, für die Steuerung der Wirtschaft sind sie nicht wichtig.

17. Weil bei einem Geburtenrückgang das Prokopfeinkommen (bei zunächst unverändertem Gesamteinkommen) steigt, wird es trotz der vergleichsweise kleineren Konsumentenzahl möglich, die Gesamtnachfrage nach Gütern und Diensten aufrechtzuerhalten oder gar zu erhöhen. Da jetzt weniger Mittel für extensives Bevölkerungswachstum benötigt werden, wird es zudem leichter, technische Neuerungen einzuführen. Rückstände im Gesundheits- und Erziehungswesen lassen sich nun schneller aufholen, und der relativ kleinere Nachwuchs kann besser als zuvor ausgebildet werden. Da es gerade auf diesen Gebieten weithin an moderneren Einrichtungen und Personal fehlt, könnte nur ein sehr starker Abfall der Geburtenzahlen zu einem Überhang an Kapazitäten führen. Dagegen werden in jedem Fall mehr oder minder große Umstellungen in der Produktions- und Beschäftigungsstruktur nötig werden. Wie sich solche möglichen und notwendigen Umstellungen aber praktisch auswirken, hängt weitgehend von der jeweils herrschenden Wirtschaftslage ab. Während eines Aufschwungs werden sie sich leichter als bei einem Abschwung durchführen lassen. Zu einem Umbruch in der Konjunkturlage kommt es durch einen Geburtenrückgang allein aber nicht. Er kann lediglich schon bestehende Entwicklungen etwas stützen oder schwächen.
18. Die mit einem Geburtenrückgang verbundene Tendenz zur Umstellung der Produktions- und Beschäftigungsstruktur ergibt sich kurzfristig von der Nachfrageseite her, und zwar vor allem durch das höhere Prokopfeinkommen, aber auch durch die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung. Hinsichtlich der Verwendung des Einkommenszuwachses gibt es zwar mehrere Möglichkeiten und somit auch verschiedene Wirkungen. Im folgenden wird aber angenommen, daß der Gesamtverbrauch und die Gesamtersparnis zunächst ebenso hoch wie vor dem Geburtenrückgang bleiben und daß sich nur die Verbrauchsstruktur und die Sparformen ändern. Das ist, wie schon zuvor begründet, keine zwingende Konsequenz, als Hypothese aber dennoch logisch, da ja ein Geburtenrückgang als solcher noch keine Veränderung in den wirtschaftlichen Verhaltensweisen induziert.
19. Da bei gleichbleibender Gesamtkaufkraft von der vergleichsweise kleineren Zahl der Verbraucher mehr Güter und Dienste pro Kopf nachgefragt werden, verschiebt sich zwangsläufig das Gewicht der Branchen. Bei höherem Wohlstand verlagert sich die Nachfrage bekanntlich zunehmend von kurz- zu langlebigen Gütern, von Produkten geringerer zu solchen höherer Qualität, von lebensnotwendigen zu "Luxus" gütern, und in dem Maße wie das Prokopfeinkommen mit der vergleichweisen Abnahme jugendlicher Konsumenten zunimmt, wird dieser Prozeß beschleunigt. Vor allem wird sich die Nachfrage mehr als bisher auf solche Gebrauchsgüter richten, zu deren Herstellung viel Kapital nötig ist, wie z. B. Autos,



Kühlschränke und Fernsehapparate. Auch der Bedarf an Eigenheimen und besseren Wohnungen wird steigen. Außerdem werden mehr private und öffentliche Dienste, insbesondere für Zwecke der Erholung, Unterhaltung, Information und Gesundheit nachgefragt. Der Verbrauch an Nahrungsmitteln, Textilien und anderen Produkten des täglichen Bedarfs wird dagegen - von mode- und qualitätsbestimmten Verlagerungen abgesehen - nur wenig steigen oder sogar stagnieren. Schließlich werden noch solche Branchen negativ betroffen, die speziell den Bedarf von Kindern und Jugendlichen decken, wie z. B. Kinderkleidung und Spielzeug. Andererseits unterliegen solche Produkte aber einem häufigen Mode- und Geschmackswechsel, der ständig neuen Absatz anregt.

20. Derartige Umschichtungen in der Nachfrage- und Produktionsstruktur sind selbstverständlich nicht an einen Geburtenrückgang gebunden. Sie sind Korrelat jedes wirtschaftlichen Wachstums und Folge jeder wie immer verursachten Wohlstandssteigerung. Sie vollziehen sich bei rascherer wie bei langsamerer Bevölkerungsvermehrung, sofern genügend Mittel für wohlstandssteigernde Investitionen verfügbar sind und eingesetzt werden. Bei einem Geburtenrückgang kann der Umschichtungsprozeß lediglich intensiver sein, vorausgesetzt, daß alle anderen Bedingungen dieselben wie bei schnellerer Bevölkerungsvermehrung sind. Gleiche Bedingungen gelten jedoch - wenn überhaupt - nur für eine sehr kurze Zeit. In jedem Falle hängt der Ablauf dieses Prozesses von der Flexibilität der Wirtschaft ab. Die Produktion kann sich dem Wandel der Nachfrage nur anpassen, wenn Kapital und Arbeit hinreichend beweglich sind. Durch die Verschiebung der Nachfrage zu kapitalintensiven Erzeugnissen werden mehr Kapital und Arbeitskräfte in der Kapitalgüterindustrie und in den expandierenden Gebrauchsgüterindustrien benötigt. Auch im tertiären Sektor, insbesondere im Handel, in der Verwaltung und in den persönlichen Diensten, steigt der Bedarf an Arbeitskräften. Um diesen veränderten Verhältnissen gerecht zu werden, muß es genügend investitionsbereite Unternehmer geben, sowie Arbeitskräfte, die fähig und willens sind, ihren Beruf und Arbeitsplatz rasch zu wechseln.
21. Die Unternehmer finden im wirtschaftlichen Umschichtungsprozeß eher bessere als schlechtere Investitionsmöglichkeiten, doch vergrößert sich für sie auch das Wagnis. Sie müssen sich im schnelleren Wechsel der Mode und der Qualitätsansprüche immer wieder auf neue Güter und Fertigungsmethoden umstellen. Sie müssen ständig neue Bedürfnisse wecken, um den Verbrauch der vergleichsweise kleineren, aber kaufkräftigeren Bevölkerung anzuregen. Das wird jedoch immer schwieriger und risikoreicher, je höher der Lebensstandard ist und je mehr Bedürfnisse sich der "Sättigung" nähern. Grenzünternehmer, die sich während der rascheren Bevölkerungsvermehrung auf den sicheren Absatz erprobter Erzeugnisse stützten und sich nun nicht umstellen können, werden ihre Produktion u. U. aufgeben müssen. Wenn es an leistungsfähigen Unternehmern fehlt, so ist das im kürzeren Zeitraum nicht dem Geburtenrückgang zuzuschreiben, denn dieser Personenkreis wird ja dadurch vorerst noch nicht berührt.
22. Die Behauptung, der Geburtenrückgang behindere die berufliche und geographische Mobilität der Arbeitskräfte, gilt gleichfalls nicht unter kurzfristigen Aspekten. Im Gegenteil, das mit weniger Kindern belastete Arbeitspotential ist unter sonst unveränderten Gegebenheiten sowohl räumlich als auch in der Wahl der Berufe und Branchen beweglicher. Zudem fördern die vergleichsweise besseren Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten die Mobilität. Auch die Frauen, die jetzt weniger Kinder zu versorgen haben, können in größerer Zahl einem Erwerb nachgehen. Dagegen mögen bei intensiverer Umschichtung und schnellerem technischen Wandel größere

Friktionen in der Wiederbeschäftigung freigesetzter Arbeitskräfte auftreten, zumal die herkömmlichen Ausbildungsformen der Notwendigkeit häufigen Berufswechsels noch nicht genügend Rechnung tragen. Das Argument, durch den Geburtenrückgang sei das Arbeitspotential vergleichsweise älter und daher schwieriger umzuschulen, trifft für die ersten 15 bis 20 Jahre nicht zu.

23. Durch die veränderte Nachfrage steigen in den expandierenden Branchen zunächst die Preise und Profite, was zur Erweiterung der Produktion und des Angebots von Gütern und Diensten anregt. Dem dabei auftretenden partiellen Krätemangel, der durch ungenügende Mobilität und verzögerte Umschulung noch besonders verstärkt werden kann, können die Unternehmer durch Rationalisierung der Produktion und/oder den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte begegnen. Der erste Weg bietet sich vor allem an, wenn die höhere Binnennachfrage oder zusätzliche Exportchancen technische Produktionsumstellungen rentabel machen. Bei einer langsameren Bevölkerungsvermehrung fürchten die Unternehmer aber häufig das Risiko. Außerdem finden arbeitssparende Techniken im tertiären Sektor und vor allem in den persönlichen Diensten erst langsam Eingang. In diesem Bereich nimmt der Kräftebedarf mit der Wohlstandsentwicklung aber besonders stark zu. Somit bietet sich der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in vielen Fällen als "einfachster" Ausweg an, obwohl er weniger als Rationalisierung geeignet ist, die Wirtschaftsstruktur einer verlangsamten natürlichen Bevölkerungsvermehrung anzupassen.
24. Die Einwanderung von Arbeitskräften bewirkt - ähnlich wie ein Geburtenanstieg - rascheres Bevölkerungswachstum und - ähnlich wie ein Geburtenrückgang - Abnahme der Relation von Nur-Konsumenten zu Produzenten. Das durch die Wanderung absolut und relativ vergrößerte Arbeitspotential kann sowohl ein größeres Gesamtprodukt als auch ein höheres Prokopfeinkommen erwirtschaften als bei alleinigem Geburtenrückgang. Dadurch wird der wirtschaftliche Umschichtungsprozeß zusätzlich angeregt, neuer Kräftebedarf hervorgerufen und somit weitere Nachfrage nach ausländischen Arbeitern ausgelöst. Der Geburtenrückgang allein könnte solche Expansionen nicht in Gang setzen.

#### Langfristige Aspekte des Geburtenrückgangs

25. Ein Geburtenrückgang hat also im allgemeinen wachstumsfördernde Wirkungen. Ob und in welcher Weise sie jedoch zur Geltung kommen, hängt von Umständen ab, die mit dem Geburtenrückgang selbst nichts oder wenig zu tun haben. Das gilt im langen Zeitraum noch mehr als im kurzen. Je weiter er zurückliegt, um so weniger läßt sich unterscheiden, was Folge des Geburtenrückgangs oder anderer Einflüsse ist. Ohne Einwanderung muß sich zwar nach 15 bis 20 Jahren der Kreis der Personen im erwerbsfähigen Alter gegenüber einer Entwicklung ohne Geburtenrückgang verkleinern. Die Höhe des effektiven Arbeitsangebots und der Relation von Nur-Konsumenten zu Produzenten wird dadurch aber nicht allein bestimmt. Veränderungen in der Erwerbsbeteiligung spielen unter Umständen eine größere Rolle. Der Geburtenrückgang ist dafür höchstens mittelbare Ursache. Er kann - wie schon erwähnt - dazu beitragen, daß mehr Frauen einen Erwerb ausüben. Zumeist vermischen sich aber seine Wirkungen mit anders bedingten Tendenzen. So hat sich z. B. infolge der besseren Bildungsmöglichkeiten und der höheren Leistungsanforderungen der Eintritt der Jugendlichen in das Erwerbsleben seit längerem deutlich verzögert. Auch die Erwerbsbeteiligung der älteren Jahrgänge ist im Zuge des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts merklich zurückgegangen. Diese Konzentration des Arbeitspotentials auf die mittleren Altersklassen kann sich nicht unbegrenzt fortsetzen. Sie

muß eines Tages zum Stillstand kommen, wenn nicht gar zeitweilig wieder abnehmen. Bei günstigen Erwerbs- und Einkommenschancen ist der Anreiz zu vermehrter Arbeit sowohl für die jüngeren als auch für die älteren Personen groß. Deshalb ist es durchaus möglich, daß die Geburtenausfälle zumindest teilweise durch höhere Erwerbsbeteiligung ausgeglichen werden, wenn die betreffenden Jahrgänge das erwerbsfähige Alter erreichen. Darüber hinaus kommt es jedoch nicht allein auf die Zahl der Erwerbspersonen an, sondern zugleich auf deren Leistungsvermögen.

26. Die für die Versorgung und Ausbildung des Nachwuchses wichtige Relation von jugendlichen Nur-Konsumenten zu Produzenten hängt natürlich noch von der Dauer und Intensität des Geburtenrückgangs ab. Bleibt die Geburtenzahl die ganze Zeit unter dem Ausgangsniveau, so muß - unveränderte Erwerbsbeteiligung vorausgesetzt - diese Relation zwangsläufig abnehmen. In diesem Fall hätte also das vergleichsweise kleinere Arbeitspotential im Durchschnitt weniger Kinder und Jugendliche zu unterhalten als ein aus unveränderter Fruchtbarkeit resultierendes größeres Arbeitspotential. War bei gegebener Erwerbsbeteiligung der Geburtenrückgang dagegen nur von kurzer Dauer und folgte ihm ein neuer Geburtenanstieg, der zu dem Ausgangsniveau zurückführte oder es überschritt, so entfallen auf das kleinere Arbeitspotential vergleichsweise mehr abhängige Konsumenten, für die entsprechend mehr aufgewendet werden muß, wenn der Versorgungs- und Ausbildungsstandard nicht sinken soll.
27. Welche Konsequenzen das kleinere Arbeitsangebot für den Arbeitsmarkt und die Wohlstandsentwicklung hat, hängt maßgeblich vom wirtschaftlichen Anpassungserfolg in den davor liegenden Jahren ab. Durch die wirtschaftliche und berufliche Umschichtung wird der Arbeitseinsatz ja rationeller, so daß die Eingliederung kleinerer Nachwuchsjahrgänge nicht zwangsläufig zu Kräftenmangel oder zu einem vergleichsweise kleineren Gesamtprodukt führen muß. Die Zugänge zum Arbeitsmarkt aus den Reihen des Nachwuchses lassen sich ja lange im voraus abschätzen, und für ihre Ausbildung und Kapitalversorgung können frühzeitig Vorkehrungen getroffen werden. Weit größere Spannungen am Arbeitsmarkt entstehen, wenn das Arbeitspotential beruflich und räumlich zu inflexibel ist, um sich den fortschrittsbedingten Veränderungen in der Kräftenachfrage schnell genug anzupassen. Das ist aber - wie schon erwähnt - keine Folge des Geburtenrückgangs, obwohl er im langen Zeitraum indirekt etwas dazu beitragen kann.
28. Läßt man den wenig wahrscheinlichen Fall einer anhaltenden Schrumpfung der Bevölkerung und des Arbeitspotentials außer Betracht, die schließlich zur Stilllegung von Produktionsanlagen führen muß, so gelangt man zu dem Schluß, daß ein kurzfristiger Wechsel von Geburtenrückgang und Geburtenanstieg eher zu Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt führen kann als ein niedriger, aber möglichst gleichbleibender Geburtenstand. Zu große Schwankungen in der Zahl der Nachwuchskräfte erschweren nämlich die Anpassung und optimale Nutzung der Ausbildungs- und Beschäftigungskapazitäten. Ebensowenig wie ein begrenzter Geburtenrückgang sinkende Güternachfrage induziert, kann er für einen späteren Mangel an Arbeitskräften verantwortlich gemacht werden. Wenn Ausbildung und Kapitalausstattung dem langsameren Wachstum des Arbeitspotentials angepaßt werden, braucht ein Geburtenrückgang auch langfristig keine Einwanderung von Arbeitskräften zu induzieren. Er wird jedoch dann die Nachfrage nach ausländischen Kräften zusätzlich verstärken, wenn deren Einsatz schon vorher bedeutend war und die Wirtschaft sich dadurch auf die kleineren Nachwuchsjahrgänge nicht genügend einstellte.

29. Ohne Einwanderung junger Kräfte aus dem Ausland wird sich allerdings das Durchschnittsalter der Erwerbspersonen durch einen Geburtenrückgang im Laufe der Zeit erhöhen. Das kann verschiedene Konsequenzen für die Lohn- und Leistungsstruktur haben. Die relative Verknappung der jungen Arbeiter hat die Tendenz, die Lohnunterschiede zwischen jüngeren und älteren sowie zwischen noch unerfahrenen und erfahrenen Kräften zu verringern. Das mag den Fortbildungswillen des Nachwuchses unter Umständen beeinträchtigen. Auch die berufliche und geographische Mobilität kann mit der Alterung des Arbeitspotentials nachlassen. Der häufig beklagte Tatbestand, daß dann zu viele alte Kräfte den Aufstieg des Nachwuchses blockieren, läßt sich dagegen nicht mit dem Geburtenrückgang begründen. Die stark besetzten älteren Jahrgänge sind davon ja gar nicht betroffen. Ohne Geburtenrückgang wäre die Konkurrenz unter den Jugendlichen jedenfalls noch größer. Insgesamt mag die Wirtschaft durch das geringere Gewicht jugendlicher Kräfte etwas an Schwungkraft verlieren, doch läßt sich daraus noch keine Gefahr für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ableiten. Einmal wird ein begrenzter Geburtenrückgang ohnehin nur mäßige wirtschaftliche Wirkungen haben; zum anderen beeinflussen Bevölkerungsveränderungen die Wirtschaft niemals allein. In jedem Einzelfall kommt es auf die Gesamtkonstellation aller wirtschaftsrelevanten Faktoren an. Gerade im längeren Zeitraum gibt es zahlreiche Wege der Ausbildung, Umschulung und Mobilitäts erleichterung, um möglichen fortschrittshemmenden Konsequenzen zunehmender Alterung des Arbeitspotentials vorzubeugen.
30. Schließlich bleibt noch zu klären, ob die Versorgung der alten, nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerung durch den Geburtenrückgang erschwert wird. Für die ersten 15 bis 20 Jahre läßt sich diese Frage eindeutig mit "Nein" beantworten. Zwar wächst dieser Personenkreis überall in Westeuropa schneller als die Gesamtbevölkerung, so daß die Alterslast größer wird. Der jetzige Geburtenrückgang hat dazu aber noch nicht beigetragen. Im Gegenteil, da er die Kinderlast senkt, macht er es leichter, die steigenden Versorgungskosten für die Alten zu tragen. Erst wenn die geburtenschwachen Jahrgänge in das erwerbsfähige Alter eintreten, wird - sofern die Ausfälle nicht anderweitig ausgeglichen werden - die Relation von alten Leuten zu Erwerbspersonen zusätzlich steigen. Das muß aber nicht notwendigerweise auch eine größere Effektivlast für die einzelne Erwerbsperson bedeuten. Bleibt die Kinderzahl klein, so bietet sich dadurch ein gewisser Ausgleich für die höhere Alterslast. Das gilt in vollem Umfang aber nur dort, wo die Altersversorgung noch ganz von den Familien getragen wird. Etwas anders ist das Problem zu beurteilen, wenn die Versorgung der Alten im Umlageverfahren abgewickelt wird und wenn die Versorgungsempfänger voll am Wohlstandswachstum partizipieren. In diesem Fall muß die einzelne Erwerbsperson einen entsprechend größeren Prozentsatz ihres Einkommens für die Altersversorgung abzugeben. Das heißt aber nicht, daß ihr Lebensstandard sinkt oder vergleichsweise weniger steigt. Sofern die Möglichkeiten der Leistungsverbesserung, die der Geburtenrückgang bietet, genutzt werden und die höhere Effizienz der Arbeit den Kräfteausfall kompensiert, wird keine Wohlstandsminderung gegenüber einer Entwicklung ohne Geburtenrückgang eintreten. Aus höherem Einkommen können auch höhere Lasten getragen werden. Werden dagegen die Versorgungsansprüche in Form eines Kapitaldeckungsverfahrens erworben - wie z. B. in der Lebensversicherung -, so spielt für die Summe der bereitzustellenden Mittel neben der Zahl und Leistung der Teilnehmer auch der Ertrag des Kapitals eine wichtige Rolle. Bei einem Geburtenrückgang, der sich in normalen Grenzen hält, wird die Bildung neuen und effizienteren Kapitals eher angeregt als behindert.

31. Die Furcht vor größeren Versorgungsschwierigkeiten ist hauptsächlich durch den säkularen Alterungsprozeß bedingt, in dessen Verlauf der Anteil der alten Leute an der Gesamtbevölkerung ständig zunimmt. Dieser Vorgang ist eine unumgängliche Folge des demographischen Übergangs von hoher Fruchtbarkeit und Sterblichkeit zu niedriger Fruchtbarkeit und Sterblichkeit. Dieser Übergang ist in Westeuropa seit längerem abgeschlossen, doch wirkt er sich noch so lange auf den Altersaufbau aus, bis die stark besetzten Geburtsjahrgänge aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg abgestorben sind. Hätten keine Kriege und Wanderungen stattgefunden, so würde die Altersstruktur der westeuropäischen Bevölkerungen dann der von stabilen Bevölkerungen<sup>1</sup> mit niedriger Fruchtbarkeit und hoher Lebenserwartung ähnlich sein, in denen der Anteil der Alten zwar hoch, aber "stabil" ist. Das führt zur Frage, ob eine sehr langsam oder gar nicht mehr wachsende Bevölkerung für den wirtschaftlichen Fortschritt vorteilhafter oder nachteiliger ist als eine rascher wachsende Bevölkerung. Sie stellt sich vor allem auch angesichts der zunehmenden Dichte und der damit verbundenen Probleme des großstädtischen Wohnens, des Verkehrs, der Energieversorgung und des Umweltschutzes.

#### Stationäre oder wachsende Bevölkerung?

32. Zwischen stabilen Bevölkerungen gleicher Sterblichkeit und verschieden hoher Fruchtbarkeit bestehen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Wirkungen ähnliche Unterschiede wie zwischen Bevölkerungen mit und ohne Geburtenrückgang, nur treten diese Unterschiede nicht sukzessive, sondern gleichzeitig auf. In diesem Fall bleiben die Altersstrukturen unverändert, und rascheres Bevölkerungswachstum bringt sofort auch eine raschere Vergrößerung des Arbeitspotentials.
33. Im folgenden soll zunächst von drei stabilen Bevölkerungen gleich hoher Sterblichkeit (durchschnittliche Lebenserwartung:  $e_0^0 = 70,5$  Jahre), gleicher Zahl (100 000) und verschiedener Wachstumsrate ( $r = -1$  vH,  $0$  vH und  $+1$  vH) ausgegangen werden. Die stationäre Bevölkerung mit der Wachstumsrate  $0$  ist mit der Sterbetafelbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland für 1965/67 identisch. Auf drei große Gruppen reduziert, unterscheidet sich der Altersaufbau der drei Modellbevölkerungen wie folgt:

Alter	$r = -1$ vH	$r = 0$	$r = +1$ vH
0 - 19 Jahre	18 320	27 553	34 985
20 - 59 Jahre	52 018	52 420	50 422
60 Jahre und mehr	29 662	20 027	14 593
Insgesamt	100 000	100 000	100 000

Aus der Übersicht geht hervor, daß die Gruppe der 20- bis unter 60jährigen Bevölkerung, die die Masse der Erwerbspersonen stellt, bei der angenommenen Lebenserwartung relativ am größten ist, wenn die Bevölkerung stationär ist. Die wachsende Bevölkerung würde zwar in wenigen Jahren eine ebenso große Zahl von Personen

<sup>1</sup> Eine Bevölkerung, die über einen langen Zeitraum mit konstanter Fruchtbarkeit und Sterblichkeit wächst, wird zur stabilen Bevölkerung, die durch eine stabile Wachstumsrate und eine stabile Altersstruktur gekennzeichnet ist.

im erwerbsfähigen Alter haben wie die stationäre Bevölkerung, aber dann wären auch die übrigen Altersgruppen entsprechend größer, da ja die Altersrelationen stabil bleiben. In der schrumpfenden Bevölkerung dagegen nimmt der Besatz aller Altersgruppen ständig ab, so daß das Potential der erwerbsfähigen Personen logischerweise immer kleiner als in der stationären Bevölkerung bleiben muß. Bei einer Rate von - 1 vH pro Jahr würde es innerhalb weniger Generationen auf einen Bruchteil des Ausgangsbestandes zusammenschmelzen. Da die unterschiedliche Struktur der drei stabilen Bevölkerungen allein aus der verschiedenen Fruchtbarkeitshöhe resultiert, muß es für den Geburtenrückgang ein Minimum geben, unterhalb dessen die Relation zwischen potentiellen Produzenten und Nur-Konsumenten auf lange Sicht wieder ungünstiger wird.

34. Der französische Bevölkerungswissenschaftler Jean Bourgeois-Pichat<sup>1</sup> hat nachgewiesen, daß sich in stabilen Bevölkerungen mit einer Wachstumsrate bis zu 2 vH die Relation der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren zu den Erwachsenen zwischen 20 und 60 Jahren proportional und die entsprechende Relation der sechzigjährigen und älteren Personen umgekehrt proportional zur Nettoerproduktionsrate (R)<sup>2</sup> verhält. In der stationären Bevölkerung, deren Nettoerproduktionsrate 1 ist, beträgt die demographisch bedingte Gesamtversorgungslast:  $T_o = 1 + J_o + V_o$ , wobei  $J_o$  und  $V_o$  die jeweilige Relation von jungen bzw. alten Personen zu den erwerbsfähigen Erwachsenen bezeichnen. In jedem anderen Fall wäre

$$T_r = 1 + J_o R + \frac{V_o}{R}$$

Die aus dieser Gleichung abzuleitende minimale Belastungsquote ( $T_m$ ) und die ihr entsprechende Nettoerproduktionsrate ( $R_m$ ) errechnen sich wie folgt:

$$T_m = 1 + 2 \sqrt{J_o V_o}; \quad R_m = \sqrt{\frac{V_o}{J_o}}$$

35. Für die drei stabilen Beispielsbeölkerungen gelten die nachstehenden Werte:

	r = - 1 R = 0, 67	r = 0 R = 1	r = + 1 R = 1, 32
$J_r$	0, 352	0, 526	0, 694
$V_r$	0, 570	0, 382	0, 289
$T_r$	1, 922	1, 908	1, 983

<sup>1</sup> J. BOURGEOIS-PICHAT, Charges de la population active. "Journal de la Societé de Statistique de Paris", Paris, Année 91 (1950), S. 94 ff.

<sup>2</sup> Die Nettoerproduktionsrate wird mit Hilfe einer Sterbetafel berechnet. Sie drückt aus, wieviele Töchter im Durchschnitt von einer Frauengeneration im Ablauf des gebärfähigen Alters geboren werden, wenn während der ganzen Zeit die für eine bestimmte Periode (z. B. ein Jahr) ermittelten Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitsverhältnisse herrschen.

Die nach den obigen Formeln zu berechnenden Schwellenwerte für die minimale Belastung bei "optimaler" Fruchtbarkeit betragen:

$$T_m = 1,896; \quad R_m = 0,85.$$

Das durch den Altersaufbau gesetzte langfristige Belastungsminimum würde also bei einer Lebenserwartung wie sie 1965/67 in der Bundesrepublik galt, sogar noch etwas unter dem Niveau einer stationären Bevölkerung liegen.

36. Aus den Fruchtbarkeitsverhältnissen der Jahre 1964-1968 und der Sterbetafel 1965/67 errechnen sich für die Bundesrepublik die folgenden Nettoreproduktionsraten mit den entsprechenden "stabilen" Belastungsquoten:

	R	$T_r$
1964	1,208	1,951
1965	1,188	1,946
1966	1,189	1,946
1967	1,167	1,941
1968	1,117	1,929

Bis 1968 lag danach die Fruchtbarkeit in der Bundesrepublik noch deutlich über dem Optimum, das ihr auf sehr lange Sicht vom Altersaufbau der Bevölkerung her gesetzt ist. Auch in den Jahren 1969 und 1970 dürfte dieses Niveau noch nicht erreicht, geschweige denn unterschritten worden sein. Natürlich bezeichnet eine Nettoreproduktionsrate von 0,85 kein wünschenswertes Ziel für die Bevölkerungsentwicklung; denn ihr entspricht eine jährliche Verminderungsrate von 0,45 vH. Es wird aber doch deutlich, daß die Versorgungslast aus demographischen Gründen langfristig gesehen auch dann noch nicht zunehmen muß, wenn die Fruchtbarkeit etwas unter das Reproduktionsniveau sinkt.

37. Bourgeois-Pichat ging in seinen Berechnungen davon aus, daß der durchschnittliche Bedarf von Kindern und Jugendlichen unter 20 Jahren nur zwei Drittel des Bedarfs eines Erwachsenen beträgt. Mit dieser Annahme würden sich die Belastungsquoten der drei stabilen Beispielsbevolkerungen und die beiden Schwellenwerte wie folgt ändern:

$$\begin{aligned} T_{-1} &= 1,805 & T_m &= 1,732 \\ T_o &= 1,732 & R_m &= 1,04 \\ T_{+1} &= 1,752 & & \end{aligned}$$

Die optimale Nettoreproduktionsrate würde in diesem Fall zwar etwas über 1 liegen, also ein langfristiges schwaches Bevölkerungswachstum voraussetzen. Die minimale Belastungsquote wäre aber mit der der stationären Bevölkerung nahezu identisch. Auch unter diesen Bedingungen erweist sich also eine gar nicht oder kaum wachsende Bevölkerung auf lange Sicht günstiger als eine rasch wachsende Bevölkerung.

38. Im Grunde genommen besagt die Unterscheidung zwischen dem Bedarf der Kinder und Jugendlichen und dem der Erwachsenen nur, daß man mehr Kinder aufziehen kann, wenn man für das einzelne Kind weniger aufwendet. Bourgeois-Pichats Be-

darfsquote der Kinder mag für Frankreich am Ende der vierziger Jahre allenfalls noch zugetroffen haben. Heute muß man sie wahrscheinlich höher ansetzen; denn inzwischen ist überall in Westeuropa der reale Aufwand für Erziehung, Gesundheit, Erholung und Unterhalt der Kinder stark ausgeweitet worden, und wo er zu klein blieb, sind Lücken entstanden, die künftig aufgeholt werden müssen. Schließlich liegt ja auch ein wesentlicher Anlaß für den Geburtenrückgang in dem Bestreben der Eltern, die wenigen Kinder besser zu versorgen und auszubilden. Wie hoch die Verbrauchsansprüche der verschiedenen Altersgruppen in den westeuropäischen Ländern heute sind und wie sie sich bei steigendem Wohlstand ändern, ist nicht bekannt. Dennoch dürfte klar geworden sein, daß aus lange anhaltendem Bevölkerungsstillstand keine Altersstruktur resultiert, die die Bewältigung der Versorgungsaufgaben erschwert. So gesehen wäre die Rückkehr zu den Fruchtbarkeitsverhältnissen von 1964 auf lange Sicht gar nicht vorteilhaft.

39. Es bleibt somit zu prüfen, ob eine stationäre Bevölkerung ihres kleineren Volumens wegen einer wachsenden wirtschaftlich unterlegen ist. Diese Frage läßt sich generell nicht beantworten. Bevölkerungsstillstand ist bestimmt dort nicht vorteilhaft, wo Boden- und Rohstoffreserven nicht rationell genutzt werden können, weil es an Arbeitskräften fehlt. Aber auch in diesem Fall geht es nicht um maximale, sondern stets um optimale Vermehrung. Sicher liegt das Optimum hier höher als unter dem alleinigen Aspekt der Altersstruktur. Genau läßt es sich aber nicht fixieren; denn erstens hängt es nicht nur von den potentiellen Ressourcen, sondern auch von den jeweiligen Wohlstandszielen ab, und zweitens ändert es sich im Zeitablauf mit dem wirtschaftlichen und technischen Fortschritt. Für Westeuropa stellt sich jedoch das Problem der zu kleinen Bevölkerungszahl im Hinblick auf eine rationellere Nutzung der natürlichen Hilfsquellen nicht. Das soll nicht heißen, daß hier nicht noch mehr Menschen mit höherem Lebensstandard als heute leben können. Die Frage ist lediglich, ob weitere Bevölkerungszunahme eine wichtige Bedingung für fortschreitendes Wirtschaftswachstum ist.
40. Es wird im allgemeinen davon ausgegangen, daß bei ausreichender Kapitalbildung ein wachsendes Arbeitspotential vorteilhafter als ein nicht wachsendes sei, da es intensivere Arbeitsteilung und höhere Arbeitsproduktivität gestatte. Dabei wird stillschweigend vorausgesetzt, daß der marginale Kapitalkoeffizient in beiden Fällen gleich ist und weiterhin gleich bleiben wird. Gerade das ist aber nicht zu erwarten. Bei den in Westeuropa herrschenden demographischen und wirtschaftlichen Verhältnissen spricht vieles dafür, daß der Kapitalkoeffizient mit der Intensität der Bevölkerungsvermehrung steigt und daß unter diesen Umständen die Investitionsrate entsprechend zunehmen muß, wenn das Wirtschaftswachstum nicht zurückgehen soll. Bei wachsender Bevölkerung muß z. B. vergleichsweise viel für solche Vorhaben aufgewendet werden, die eine lange Reifezeit haben. Dazu zählen vor allem Anlagen des Verkehrs, der Energie- und Wasserversorgung, des Transports und des Nachrichtenwesens, aber auch solche der sozialen Infrastruktur wie Schulen und Gesundheitseinrichtungen, die der Verbesserung der Arbeitsleistung dienen und dadurch die Effizienz des Kapitals erhöhen. Der Tatbestand rationellerer Kapazitätsausnutzung - sofern er besteht - gilt doch immer nur für eine begrenzte Zeit. Dann müssen neue Anlagen erstellt werden, um Engpässe zu vermeiden. Eine jährliche Bevölkerungszunahme von 1 vH, die bei der gegenwärtigen Knappheit an Arbeitskräften wünschenswert erscheinen mag, bringt immerhin in kaum 70 Jahren eine Verdoppelung der Bevölkerungszahl und verlangt damit auch eine beträchtliche Steigerung solcher Investitionen, deren marginaler Kapitalkoeffizient vergleichsweise hoch ist. Bei Bevölkerungsstillstand dagegen wären - sobald vorhandene Lücken in der



Infrastruktur beseitigt sind - statt Erweiterungs- hauptsächlich rentablere Erneuerungsinvestitionen zu tätigen.

41. Es wird manchmal behauptet, in einer wachsenden Bevölkerung sei die Kapitalbildung leichter, weil Sparfähigkeit und Sparneigung größer als in einer stillstehenden Bevölkerung seien. Läßt man außer acht, daß solche Behauptung niemals für sehr rasche Bevölkerungsvermehrung gelten kann, so ist ihre Richtigkeit auch grundsätzlich zu bezweifeln. Es trifft zwar zu, daß größere Familien in mancher Weise rationeller wirtschaften und dadurch den Aufwand pro Kind vergleichsweise niedriger halten können. Damit ist doch aber noch nicht gesagt, daß auch der Gesamtaufwand für mehr Kinder den für weniger Kinder unterschreitet. Bei gleichen Qualitätsansprüchen ist das jedenfalls nicht möglich. Einsparungen, wie sie innerhalb der privaten Haushalte möglich sind, fallen außerdem im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen kaum an, höchstens, wenn freie Kapazitäten vorhanden sind oder wenn der Standard gesenkt wird. In Westeuropa fehlt es aber gegenwärtig an Schulen, Lehrkräften und pflegerischen Einrichtungen für Kinder, während andererseits erzieherische und gesundheitliche Dienste in der Bedarfsskala der Kinder einen immer wichtigeren Platz einnehmen. Daß die Sparneigung größerer Familien die kleinerer Familien oft übersteigt, ist unbestritten, doch steht solches Verhalten nicht notwendigerweise in Beziehung zur Kinderzahl. Man kann mehr sparen, weil mehr Kinder auszubilden sind, weil man weniger Kinder besser ausbilden möchte oder um einen unbeschwerten Lebensabend zu verbringen. Ob und wieviel für das Alter gespart wird, ist in den westeuropäischen Ländern der freien Entscheidung des einzelnen weitgehend entzogen. Ebenso hängt hier der öffentliche Erziehungsaufwand nicht von der spontanen Sparleistung der Eltern ab, sondern von Steueraufkommen. Die Staatseinnahmen mit den Ausgaben, das Sparvolumen mit den Investitionen in Einklang zu bringen, ist eine wirtschaftspolitische Aufgabe, die zur Intensität der Bevölkerungsvermehrung nur in sehr loser Beziehung steht.
42. Sieht man von möglichen Unterschieden in den wirtschaftlichen Verhaltensweisen ab, so gibt es kaum ein Kriterium wirtschaftlicher Art, mit dem man für die westeuropäischen Länder eine Notwendigkeit für weiteres Bevölkerungswachstum begründen könnte, jedenfalls nicht, solange man den Wirtschaftserfolg am Anstieg der Prokopfeinkommen und des Massenwohlstandes bemißt. Die Problematik des Bevölkerungsstillstandes liegt hauptsächlich in der wirtschaftlichen Anpassung, bei der es mehr um die Intensivierung als um die Erweiterung der Wirtschaftsbasis geht. Damit sind größere Risiken verbunden, die wiederum klare Prioritäten in den wirtschaftlichen Entscheidungen setzen und Abkehr von manchen vertrauten Denkweisen verlangen. Es wird z. B. nötig sein, der Ausbildung und Umschulung der Arbeitskräfte größere Aufmerksamkeit zu geben, die Ausbildungssysteme der Notwendigkeit steigender Leistungsansprüche und häufigeren Berufswechsels rascher anzupassen und dafür mehr zukunftsbezogene Forschung zu betreiben. Vor allem gilt es auch die psychologischen Vorurteile gegenüber einem Bevölkerungsstillstand abzubauen, da sie die wirtschaftliche Aktivität beeinträchtigen. Gelingt die Anpassung nicht, so kann die Wohlstandsentwicklung behindert werden. Darin liegt eine ernstzunehmende Gefahr, doch resultiert sie nicht aus dem Bevölkerungsstillstand selbst, sondern aus dem mangelnden Vermögen, seine Vorteile zu nutzen.
43. Ein direkter Nachteil spricht jedoch gegen Bevölkerungsstillstand, nämlich seine Nähe zur schrumpfenden Bevölkerung. Die stationäre Bevölkerung, auf die sich die vorstehenden Überlegungen gründen, ist ja nur ein Denkmodell, das es in der Wirklichkeit nicht gibt. Eine über lange Zeit per Saldo gleichbleibende Bevölkerung

hat stets Perioden positiven und negativen Wachstums durchlebt. Hält ein Bevölkerungsrückgang zu lange an, so können schwer zu revidierende Verluste im Produktionskapital entstehen, die dann besonders fühlbar werden, wenn die Bevölkerung wieder zu wachsen beginnt. Bei einer solchen Entwicklung würde die Versorgungslast der Erwerbsbevölkerung nicht nur relativ, sondern auch effektiv steigen. Diese Gefahr ist verständlicherweise bei einer im langen Trend zunehmenden Bevölkerung weniger gegeben.

### Schlußfolgerung

44. Wenn somit Bevölkerungsstillstand als ein nicht wünschenswertes Ziel erscheint, so dürfte es aber an der Zeit sein, sich mit den Problemen eines sehr mäßigen Bevölkerungswachstums, die sich von denen einer nicht wachsenden Bevölkerung kaum unterscheiden, besser vertraut zu machen. Eine Politik, die Kinderreichtum schlechthin als Vorteil und jeden Geburtenrückgang als Nachteil betrachtet, geht an den wirtschaftlichen Notwendigkeiten vorbei. Sie kann immer nur vorübergehend erfolgreich sein und fördert somit Schwankungen in der Geburtenhöhe, die später die Eingliederung des Nachwuchses erschweren können. Eine sinnvolle "Bevölkerungspolitik" wird sich auf ein langsames, möglichst gleichmäßiges Wachstum einstellen und sich auf Maßnahmen konzentrieren, die den Kindern innerhalb der Gesamtgesellschaft einen festen Platz schaffen. Sie kann deshalb niemals isoliert wirken, sondern nur im Rahmen der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auch ihrerseits die Belange der Bevölkerung voll beachten muß. Ausreichende Gesundheitsfürsorge, genügend Betreuungseinrichtungen und Erholungsmöglichkeiten, familiengerechte Wohnungen sowie leistungsfähige Schulen und Ausbildungsstätten gehören zu den Grundvoraussetzungen, die Eltern für ihre Kinder beanspruchen. Viele gute Ansätze, die Lebens- und Entwicklungsbedingungen für Kinder zu verbessern, sind vorhanden. Es ist an der Zeit, sie voll zu realisieren.

Tabelle 1: Entwicklung der Geburtenraten<sup>a</sup> in einigen westeuropäischen Ländern 1950-1970 im Vergleich zu 1935/39

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Belgien	Niederlande	England und Wales	Schweden	Schweiz	Österreich
1935/39	19,4 <sup>b</sup>	15,1	15,5	20,3	14,9	14,5	15,4	14,7
1950/54	16,1	19,5	16,7	22,1	15,5	15,5	17,3	15,0
1955	16,0	18,6	16,8	21,3	15,0	14,8	17,1	15,6
1956	16,5	18,4	16,8	21,3	15,7	14,8	17,4	16,7
1957	17,0	18,4	17,0	21,2	16,1	14,6	17,7	17,0
1958	17,0	18,1	17,1	21,2	16,4	14,2	17,6	17,1
1959	17,7	18,3	17,4	21,4	16,5	14,1	17,7	17,7
1960	17,8	17,9	16,9	20,8	17,2	13,7	17,6	17,9
1961	18,3	18,2	17,3	21,3	17,6	13,9	18,1	18,6
1962	18,2	17,7	16,8	20,9	18,0	14,2	18,4	18,7
1963	18,5	18,2	17,1	20,9	18,2	14,8	19,1	18,8
1964	18,5	18,2	17,2	20,7	18,5	16,0	19,2	18,5
1965	17,9	17,8	16,4	19,9	18,1	15,9	18,8	17,9
1966	17,8	17,6	15,9	19,2	17,7	15,8	18,3	17,6
1967	17,2	17,0	15,3	18,9	17,2	15,4	17,7	17,4
1968	16,3	16,7	14,8	18,6	16,9	14,3	17,1	17,2
1969	15,0	16,7	14,6	19,2	16,3	13,5	16,4	16,5
1970 <sup>c</sup>	13,4	16,6	.	18,4	15,7	13,6	15,8	15,3

<sup>a</sup> Lebendgeborene auf 1 000 der mittleren Bevölkerung. - <sup>b</sup> Deutsches Reich in den Grenzen von 1937. - <sup>c</sup> Vorläufige Werte.

Quelle: United Nations, Demographic Yearbook, New York, Issue 21 (1969), S. 262 ff. - United Nations, "Monthly Bulletin of Statistics", New York, Vol. 25 (1971), No. 3, S. 6 f.

Tabelle 2: Heiratshäufigkeit junger Frauen in einigen westeuropäischen Ländern 1950-1966

Jahr	Bundesrep. Deutschland		Frankreich		Niederlande		Schweden		England und Wales	
	Von 1 000 Frauen gleichen Alters heirateten im Alter von ... Jahren									
	15-19	20-24	15-19	20-24	15-19	20-24	15-19	20-24	15-19	20-24
1955	.	.	33,0	201,2	19,9	156,0	33,5	181,3	50,5	255,5
1956	.	.	30,4	187,8	20,6	178,9	34,3	182,9	54,4	263,0
1957	.	.	32,4	203,1	21,9	184,3	34,5	188,5	56,6	266,7
1958	35,5	190,9	33,2	211,0	22,7	184,8	33,5	184,8	57,8	264,9
1959	40,7	187,4	33,2	204,9	23,1	180,4	30,2	184,5	56,5	265,5
1960	43,8	197,3	34,6	212,4	25,0	198,3	27,9	178,0	57,7	268,4
1961	34,3	225,2	34,5	214,4	25,2	203,0	.	.	59,8	261,5
1962	50,3	242,0	33,5	209,3	26,8	206,4	33,4	180,0	58,0	258,8
1963	38,2	218,4	36,6	240,8	29,8	223,0	35,3	169,0	57,5	243,8
1964	50,6	211,2	43,1	269,6	33,2	242,3	38,6	178,8	58,2	257,0
1965	52,7	214,4	46,0	263,2	36,0	246,9	39,7	181,9	61,5	261,1
1966	58,2	216,2	41,5	266,3	35,6	252,7	40,0	188,3	66,2	261,9

Quelle: United Nations, Demographic Yearbook, a. a. O., Issue 20 (1968), S. 554 ff.

Tabelle 3: Relative Häufigkeit der erst-, zweit- und drittgeborenen Kinder in einigen westeuropäischen Ländern 1955-1968

Jahr	Bundesrepublik Deutschland <sup>a</sup>			Frankreich <sup>a</sup>			Niederlande			England und Wales <sup>b</sup>		
	Erst-geborene	Zweit-geborene	Dritt-geborene	Erst-geborene	Zweit-geborene	Dritt-geborene	Erst-geborene	Zweit-geborene	Dritt-geborene	Erst-geborene	Zweit-geborene	Dritt-geborene
Kinder auf 1 000 Frauen zwischen 10 und 50 Jahren												
1955	.	.	.	35,6	29,8	20,0	22,6	18,7	12,5	33,1	25,0	12,8
1956	.	.	.	35,7	29,0	19,4	22,8	18,9	12,2	35,2	25,9	13,1
1957	42,3	29,9	15,0	35,8	30,2	19,9	23,2	19,0	12,1	36,2	26,8	13,5
1958	42,2	30,6	15,4	37,3	29,3	19,5	23,6	19,2	12,0	36,3	27,9	14,0
1959	44,3	31,7	16,2	38,6	29,8	19,4	23,7	20,0	12,1	35,9	28,2	14,3
1960	44,7	32,2	16,1	39,2	29,4	18,7	23,0	20,1	12,3	36,1	29,7	15,4
1961	45,9	33,3	16,6	39,8	30,3	19,0	23,6	20,4	12,7	37,3	31,0	16,6
1962	44,4	32,7	16,1	39,9	30,4	18,7	23,7	20,1	12,5	37,0	30,7	16,5
1963	45,4	34,7	17,1	40,8	30,8	18,9	24,0	20,6	12,6	37,3	31,8	17,2
1964	44,9	35,6	17,6	40,9	31,2	18,9	24,6	20,7	12,6	37,6	32,7	17,8
1965	43,5	34,5	17,0	39,9	30,2	17,7	25,2	20,3	11,8	37,6	32,2	17,2
1966	42,7	34,2	17,0	41,6	30,1	16,8	25,7	20,3	11,0	37,4	31,8	16,5
1967	40,0	32,4	15,8	40,9	29,2	16,1	26,6	20,5	10,4	36,9	31,1	15,6
1968	.	.	.	.	.	.	26,5	20,9	10,0	.	.	.

<sup>a</sup>Nur legitime Geburten. - <sup>b</sup>Nur legitime Geburten von Frauen, die einmal verheiratet waren.

Quelle: United Nations, Demographic Yearbook, a. a. O., Issue 17 (1965), S. 480 ff.; Issue 21 (1969), S. 387 ff.

Tabelle 4: Entwicklung der Bruttoreproduktionsraten<sup>a</sup> in einigen westeuropäischen Ländern 1950-1968 im Vergleich zur Vorkriegszeit

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Belgien	Niederlande	England und Wales	Schweden	Schweiz	Österreich
1931	0,86 <sup>b</sup>	1,10	.	1,39 <sup>d</sup>	0,92	0,90	.	.
1933	0,80 <sup>b</sup>	1,03	.	1,31	0,84	0,82	.	.
1934	0,98 <sup>b</sup>	1,05	.	1,30	0,86	0,82	.	.
1935	1,04 <sup>b</sup>	1,00	.	1,26	0,85	0,81	.	.
1936	1,06 <sup>b</sup>	1,01	1,03 <sup>c</sup>	1,26	0,86	0,84	0,88	0,75 <sup>f</sup>
1950	1,01	1,43	1,14	1,50	1,06	1,11	1,25	.
1951	1,00	1,36	1,11	1,53	1,05	1,07	1,11	0,99
1952	1,01	1,35	1,13	1,50	1,05	1,08	1,12	0,99
1953	1,01	1,31	1,13	1,47	1,08	1,09	1,10	1,01
1954	1,03	1,32	.	1,47	1,07	1,05	1,10	1,03
1955	1,03	1,31	1,16	1,48	1,08	1,09	1,11	1,08
1956	1,08	1,31	1,18	1,48	1,15	1,10	1,12	1,17
1957	1,13	1,32	1,20	1,50	1,19	1,11	1,14	1,20
1958	1,12	1,31	1,22	1,51	1,22	1,08	1,14	1,23
1959	1,16	1,34	1,26	1,54	1,23	1,08	1,15	1,26
1960	1,16	1,33	1,24	1,52	1,29	1,06	1,19 <sup>e</sup>	1,29
1961	1,21	1,38	1,28	1,57	1,25	1,07	1,21 <sup>e</sup>	1,36
1962	1,18	1,36	1,26	1,55	1,38	1,09	1,20 <sup>e</sup>	1,38
1963	1,22	1,41	1,30	1,55	1,38	1,13	1,31 <sup>e</sup>	1,38
1964	1,24	1,42	1,32	1,55	1,40	1,21	.	1,35
1965	1,22	1,38	1,27	1,48	1,37	1,17	1,23	1,31
1966	1,23	1,35	1,23	1,41	1,33	1,15	1,19	1,30
1967	1,21	1,29	1,17	1,37	1,28	1,11	1,15	1,27
1968	1,16	.	.	1,33	1,24	.	.	1,25

<sup>a</sup>Die Bruttoreproduktionsrate ist die Summe aller altersspezifischen Raten der lebendgeborenen Mädchen. Sie drückt aus, wieviele Mädchen pro Frau einer Frauengeneration bis zum Ende des gebärfähigen Alters im Durchschnitt geboren würden, wenn für die gesamte gebärfähige Periode die altersspezifischen Fruchtbarkeitsraten eines bestimmten Jahres Gültigkeit hätten. - <sup>b</sup>Deutsches Reich in den Grenzen von 1937. - <sup>c</sup>1939. - <sup>d</sup>1932. - <sup>e</sup>Entnommen aus: "Population Index", Princeton, Vol. 35 (1969), No. 2, S. 215. - <sup>f</sup>1937.

Quelle: United Nations, Demographic Yearbook, a. a. O., Issue 6 (1954), S. 457 ff.; Issue 17 (1965), S. 611 ff.; Issue 21 (1969), S. 475 ff.